

Zürich, 12. Februar 1998

An alle Angehörigen des akademischen Mittelbaus der Universität Zürich

Studierende und Assistierende lehnen das Universitätsgesetz ab

In einer für die Universitätsgeschichte wohl einmaligen Aktion hat der Rektor H. H. Schmid anfangs Februar einen persönlichen Brief an sämtliche Angehörige der Universität geschickt (also insgesamt weit über 20'000 Briefel). Darin stellt der Rektor dar, dass das Gesetz unter der Mitwirkung sämtlicher Angehörigen der Universität – Studierende, Mittelbau, PrivatdozentInnen, ProfessorInnen und Universitätsverwaltung – entstanden ist. Der betreffende Abschnitt schliesst mit der Aussage: „Das Gesetz ist *unser* Gesetz“.

Dies stimmt so nicht! Wir haben bei der Ausarbeitung des Gesetzes mitgewirkt, der Studierendenrat und die VAUZ haben aber für die Abstimmung vom 15. März die Neinparole beschlossen. Die VAUZ tat dies in der MV vom 15. Januar nach eingehender Diskussion. Zwar bringt das neue Gesetz einige Verbesserungen für den Mittelbau, seine bildungspolitische Ausrichtung kann hingegen nicht akzeptiert werden. Die Gesetzesvorlage stellt die liberale Tradition der Schweiz in der Hochschulbildung grundsätzlich in Frage. Dies wollen wir nicht mittragen.

Die VAUZ ist insbesondere...

- gegen den Numerus Clausus in der im Gesetz vorgesehenen Form
- gegen eine Studienzeitsbeschränkung ohne Einführung eines Teilzeitstudiums
- gegen die Möglichkeit zur Einführung von kostendeckenden Studiengebühren ohne Koordination mit den Stipendienregelungen.

Um die positiven Ansätze im Gesetz nicht zu gefährden, wird für den Fall einer Ablehnung des Gesetzes in der Volksabstimmung vom 15. März die Lancierung einer Auffanginitiative vorbereitet. Eine der VAUZ nahestehende Person wird am Montag nach einem Volks-Nein im Kantonsrat eine Einzelinitiative einreichen, die ausser in den genannten Punkten dem Universitätsgesetz entspricht.

Weitere Informationen zum Thema finden sich auf
<http://www.unizh.ch/vauz/Pages/uniges260198.html>

für das VAUZ-Präsidium

Adrian Eichenberger

Zürich, 12. Februar 1998

An alle Angehörigen des akademischen Mittelbaus der Universität Zürich

Studierende und Assistierende lehnen das Universitätsgesetz ab

In einer für die Universitätsgeschichte wohl einmaligen Aktion hat der Rektor H. H. Schmid anfangs Februar einen persönlichen Brief an sämtliche Angehörige der Universität geschickt (also insgesamt weit über 20'000 Briefe!). Darin stellt der Rektor dar, dass das Gesetz unter der Mitwirkung sämtlicher Angehörigen der Universität – Studierende, Mittelbau, PrivatdozentInnen, ProfessorInnen und Universitätsverwaltung – entstanden ist. Der betreffende Abschnitt schliesst mit der Aussage: „Das Gesetz ist *unser* Gesetz“.

Dies stimmt so nicht! Wir haben bei der Ausarbeitung des Gesetzes mitgewirkt, der Studierendenrat und die VAUZ haben aber für die Abstimmung vom 15. März die Neinparole beschlossen. Die VAUZ tat dies in der MV vom 15. Januar nach eingehender Diskussion. Zwar bringt das neue Gesetz einige Verbesserungen für den Mittelbau, seine bildungspolitische Ausrichtung kann hingegen nicht akzeptiert werden. Die Gesetzesvorlage stellt die liberale Tradition der Schweiz in der Hochschulbildung grundsätzlich in Frage. Dies wollen wir nicht mittragen.

Die VAUZ ist insbesondere...

- gegen den Numerus Clausus in der im Gesetz vorgesehenen Form
- gegen eine Studienzeitsbeschränkung ohne Einführung eines Teilzeitstudiums
- gegen die Möglichkeit zur Einführung von kostendeckenden Studiengebühren ohne Koordination mit den Stipendienregelungen.

Um die positiven Ansätze im Gesetz nicht zu gefährden, wird für den Fall einer Ablehnung des Gesetzes in der Volksabstimmung vom 15. März die Lancierung einer Auffanginitiative vorbereitet. Eine der VAUZ nahestehende Person wird am Montag nach einem Volks-Nein im Kantonsrat eine Einzelinitiative einreichen, die ausser in den genannten Punkten dem Universitätsgesetz entspricht.

Weitere Informationen zum Thema finden sich auf
<http://www.unizh.ch/vauz/Pages/uniges260198.html>

für das VAUZ-Präsidium



Adrian Eichenberger

Zürich, 12. Februar 1998

An alle Angehörigen des akademischen Mittelbaus der Universität Zürich

Studierende und Assistierende lehnen das Universitätsgesetz ab

In einer für die Universitätsgeschichte wohl einmaligen Aktion hat der Rektor H. H. Schmid anfangs Februar einen persönlichen Brief an sämtliche Angehörige der Universität geschickt (also insgesamt weit über 20'000 Briefe!). Darin stellt der Rektor dar, dass das Gesetz unter der Mitwirkung sämtlicher Angehörigen der Universität – Studierende, Mittelbau, PrivatdozentInnen, ProfessorInnen und Universitätsverwaltung – entstanden ist. Der betreffende Abschnitt schliesst mit der Aussage: „Das Gesetz ist *unser* Gesetz“.

Dies stimmt so nicht! Wir haben bei der Ausarbeitung des Gesetzes mitgewirkt, der Studierendenrat und die VAUZ haben aber für die Abstimmung vom 15. März die Neinparole beschlossen. Die VAUZ tat dies in der MV vom 15. Januar nach eingehender Diskussion. Zwar bringt das neue Gesetz einige Verbesserungen für den Mittelbau, seine bildungspolitische Ausrichtung kann hingegen nicht akzeptiert werden. Die Gesetzesvorlage stellt die liberale Tradition der Schweiz in der Hochschulbildung grundsätzlich in Frage. Dies wollen wir nicht mittragen.

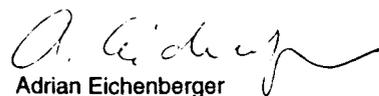
Die VAUZ ist insbesondere...

- gegen den Numerus Clausus in der im Gesetz vorgesehenen Form
- gegen eine Studienzeitsbeschränkung ohne Einführung eines Teilzeitstudiums
- gegen die Möglichkeit zur Einführung von kostendeckenden Studiengebühren ohne Koordination mit den Stipendienregelungen.

Um die positiven Ansätze im Gesetz nicht zu gefährden, wird für den Fall einer Ablehnung des Gesetzes in der Volksabstimmung vom 15. März die Lancierung einer Auffanginitiative vorbereitet. Eine der VAUZ nahestehende Person wird am Montag nach einem Volks-Nein im Kantonsrat eine Einzelinitiative einreichen, die ausser in den genannten Punkten dem Universitätsgesetz entspricht.

Weitere Informationen zum Thema finden sich auf
<http://www.unizh.ch/vauz/Pages/uniges260198.html>

für das VAUZ-Präsidium


Adrian Eichenberger

Zürich, 12. Februar 1998

An alle Angehörigen des akademischen Mittelbaus der Universität Zürich

Studierende und Assistierende lehnen das Universitätsgesetz ab

In einer für die Universitätsgeschichte wohl einmaligen Aktion hat der Rektor H. H. Schmid anfangs Februar einen persönlichen Brief an sämtliche Angehörige der Universität geschickt (also insgesamt weit über 20'000 Briefe!). Darin stellt der Rektor dar, dass das Gesetz unter der Mitwirkung sämtlicher Angehörigen der Universität – Studierende, Mittelbau, PrivatdozentInnen, ProfessorInnen und Universitätsverwaltung – entstanden ist. Der betreffende Abschnitt schliesst mit der Aussage: „Das Gesetz ist *unser* Gesetz“.

Dies stimmt so nicht! Wir haben bei der Ausarbeitung des Gesetzes mitgewirkt, der Studierendenrat und die VAUZ haben aber für die Abstimmung vom 15. März die Neinparole beschlossen. Die VAUZ tat dies in der MV vom 15. Januar nach eingehender Diskussion. Zwar bringt das neue Gesetz einige Verbesserungen für den Mittelbau, seine bildungspolitische Ausrichtung kann hingegen nicht akzeptiert werden. Die Gesetzesvorlage stellt die liberale Tradition der Schweiz in der Hochschulbildung grundsätzlich in Frage. Dies wollen wir nicht mittragen.

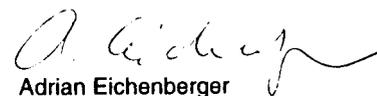
Die VAUZ ist insbesondere...

- gegen den Numerus Clausus in der im Gesetz vorgesehenen Form
- gegen eine Studienzeitsbeschränkung ohne Einführung eines Teilzeitstudiums
- gegen die Möglichkeit zur Einführung von kostendeckenden Studiengebühren ohne Koordination mit den Stipendienregelungen.

Um die positiven Ansätze im Gesetz nicht zu gefährden, wird für den Fall einer Ablehnung des Gesetzes in der Volksabstimmung vom 15. März die Lancierung einer Auffanginitiative vorbereitet. Eine der VAUZ nahestehende Person wird am Montag nach einem Volks-Nein im Kantonsrat eine Einzelinitiative einreichen, die ausser in den genannten Punkten dem Universitätsgesetz entspricht.

Weitere Informationen zum Thema finden sich auf
<http://www.unizh.ch/vauz/Pages/uniges260198.html>

für das VAUZ-Präsidium


Adrian Eichenberger